



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

103. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 2021

Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
10243 Berlin, Franz Mehring-Platz 1
Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)



Einzelpreis: 1,80 Euro
Jahres-Abonnement: 25,00 Euro
Förder-Abonnement: 35,00 Euro

Keine Illusionen in SPD und Grüne Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021

Der große Sieger der diesjährigen Bundestagswahlen stand schon lange vor dem amtlich verkündeten Endergebnis fest: Die bundesdeutsche Monopolbourgeoisie. Und dies obwohl die größte der Monopolparteien, die CDU/CSU, ihr historisch schlechtestes Bundeswahlergebnis seit Bestehen der BRD mit unter 25 Prozent der abgegebenen Stimmen eingefahren hat. Auf dem Gebiet der annektierten DDR fällt sie in ihrer Bedeu-

stellt die Partei „Die Linke“ dar, die aber aufgrund ihrer Abstrafung durch die Wähler (Verlust von 4,2 Prozentpunkten im Vergleich zur 2017er Wahl) hart an der Fünfprozenthürde um den Einzug in den neuen Bundestag bangen muß. Welche Koalition dann die Regierung stellt und wer damit letztendlich Bundeskanzler wird (Olaf Scholz als Chef einer Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP oder Armin Laschet mit einer CDU/CSU, Grü-

Otto (Otto Group & ECE Group, 11,8 Mrd. US-Dollar) usw. (Quelle: Forbes, Die reichsten Deutschen 2021) Illusionen in SPD und Grüne, daß bei deren Regierungsbeteiligung etwas positives für die Masse des Volkes herauskommen könnte, sollte man sich allerdings nach den Erfahrungen mit der rotgrünen Schröder-Fischer-Bundesregierung (1998- 2005) nicht hingeben (zumal ja jetzt auch die marktradikale FDP mit im Boot sitzen müßte).



tung auf Platz drei der Wahlparteien (nach SPD und AfD) zurück. Aber dies ist kein Grund zur Freude. Denn die ganz große Koalition der Monopolparteien von der faschistischen AfD (mit der noch keine andere Partei zusammenarbeiten möchte) über die CDU/CSU, FDP, die Grünen und SPD hat im neuen Bundestag mit über 85 Prozent der Wählerstimmen eine satte Mehrheit. Sie alle hängen dem neoliberalen Lügenmärchen an, nach dem Motto: Der Staat (also vornehmlich die Regierung) setzt den gesetzlichen Rahmen fest und das freie Spiel der Marktkräfte wird dann schon alles regeln. Vom „gerechten“ Lohn, der Rente von der man leben kann, dem „sicheren“ Arbeitsplatz bis hin zur Lösung der „Coronakrise“, der „Klimakrise“, der „Wohnungskrise“, der Wirtschaftskrise sowie all den anderen tausend leeren Versprechungen der bürgerlichen Politiker, die dann schon am Wahlabend (angeblich wegen Rücksicht auf mögliche Koalitionspartner) nicht mehr gehalten werden. Eine grundsätzliche andere, wirkliche Lösung dieser Probleme, die erst der Sozialismus bringen kann, interessiert diese bürgerlichen Monopolparteien erst gar nicht. Die reformmistische Spielart eben dieser Politik

nen und FDP Jamaikakoalition) entscheiden die vor den Wählern nicht öffentlichen Sondierungsrunden und Koalitionsverhandlungen. Allgemeiner Konsens aller dieser bürgerlichen Parteien ist, daß die Wettbewerbsfähigkeit und Exportorientierung des deutschen Monopolkapitals gestärkt werden muß. Wohin das Geld des Staatshaushalts und der Schuldentilgung dann fließt, ist aber auch heute schon klar: In die prallen Kassen der deutschen Monopolkonzerne, für Aufrüstung, angeblich bessere Infrastruktur, „klimaneutrale“ Stromversorgung, gut ausgebildete und billige Arbeitskräfte etc. Diese Summen fließen dann direkt in die Kassen der 138 Milliardäre, die es 2021 in Deutschland gab (35,2 Prozent mehr als im vergangenen Jahr) und die alle mit einem Monopol verbunden sind. Sie alle haben ein Gesicht, Namen und Anschrift: Familie Albrecht (Aldi, 39,2 Mrd. US-Dollar), Dieter Schwarz (Lidl, 19,8 Mrd. US-Dollar), Susanne Klatten (BMW, 27,7 Mrd. US-Dollar), Klaus-Michael Kühne (Kühne+Nagel, 26,3 Mrd. US-Dollar), Stefan Quandt (BMW, 21,6 Mrd. US-Dollar), Reinhold Würth (Würth Group, 16,8 Mrd. US-Dollar), Georg Schäffler (Schäffler Group, 14,9 Mrd. US-Dollar), Alexander

Für die Massen der einfachen Menschen sah die Bilanz dieser rotgrünen Bundesregierung so aus: Hartzgesetze (mit Legalisierung von Zeit- und Leiharbeit, massiver Ausweitung des Niedriglohnsektors, Hartz IV Terror gegen Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger, Ausweitung der (Lebensmittel-)Tafeln ...), Führung des völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien 1999 und Beteiligung am sog. „Krieg gegen den Terror“ mit der militärischen Besatzung Afghanistans seit 2001, Weltmeister bei Waffenexporten ... Der Klassenkampf in der BRD wird sich daher verschärfen und der Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg durch die Kommunistische Partei Deutschlands wird in diesen Zeiten eine immer wichtiger werdende Notwendigkeit. Vielleicht gelingt es ja vor allem aus dem Lager der 24 Prozent der Wahlberechtigten, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht gewählt haben, sowie den nicht wahlberechtigten (Arbeits-)Migranten Mitkämpferinnen und Mitkämpfer für den Weg des Sozialismus in Deutschland zu gewinnen.

Kommunistische Partei Deutschlands
Berlin, den 27.09.2021

Aus dem Inhalt

- Seite 2 - Dem Frieden unsere Stimme, wir sagen NEIN zum Krieg! | 73 Jahre Demokratische Volksrepublik Korea | Oktobertage
- Seite 3 - Klassenkampf und Erkenntnis | Die im Dunkeln sieht man nicht | Agrar- und Umweltinformation - 50 Jahre Greenpeace
- Seite 4 - Sieg für „Deutsche Wohnen & Co enteignen“: Laboratorium im Klassenkampf | Standpunkt der KPD zur Impfpflicht
- Seite 5 - Jungkommunist: Ey Atze - Klimawahl | Fragen eines antifaschistischen Arbeiters | Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Wälzlager und Normteile Karl-Marx-Stadt
- Seite 6 - Die rote Bücherecke: Zeichen aus dem Zuchthaus | ROUSSEAU 1712 - 1778 | Ukraine
- Seite 7 - Leserbrief: zum Artikel „Eine Lügentafel“, der Ausgabe 9 der DRF | Gedenken an der Oder
- Seite 8 - International: Biden droht Kuba und Venezuela, um den Stachel der Niederlage in Afghanistan loszuwerden | Kuba war ein Opfer des Terrorismus, niemals ein Komplize oder Förderer des Terrorismus | Die dekadente bürgerliche Intellektualität | Reichtum und Solidarität

Die Revolution

Da hast du gesagt und gemeint, was du sagtest:
Mein Leben für die Revolution!
Denn du hast gewußt, es war kein zu hoher Preis.
Du hattest dein Leben grade erst angebissen,
es war noch fast neuwertig, der Topf war noch voll,
es waren noch alle Gewinne zu ziehn.
Du hattest schon schmerzlich geliebt,
aber ohne Erfüllung.
In dir war noch alles drin.
Und auch auf den Zehenspitzen, auch mit dem Zeißglas
war dein Ende nicht auszumachen.
Da wolltest du geben dein einziges Leben
für die Revolution.
Aber du wurdest nicht in Zahlung genommen.
Du durftest nicht sterben im Namen der Menschheit.
Im Arme des größten Traumes schließt du nicht ein.
Die Revolution war auch so zu haben.

Du lebst, und die Revolution war da.
Du lebst noch immer, und die Revolution ist vorbei.
Du hast die Revolution überlebt,
und du mußt jetzt ihre Träume erfüllen,
du mußt ihr Versprechen erfüllen,
dein Leben lang.

Heinz Kahlau



73 Jahre Demokratische Volksrepublik Korea



Aus Anlaß des 73. Jahrestages der Gründung der Demokratische Volksrepublik Korea am 09. September 1948 überbrachte im Auftrag des ZK der KPD der Genosse Andreas Reinicke in der Koreanischen Botschaft eine Grußbotschaft. Genosse Reinicke wurde herzlich vom Botschaftssekretär, dem Genossen Kim Hak, empfangen. In einem freundschaftlichen Gespräch bedankte sich Genosse Kim Hak für die solidarische Unterstützung gegenüber der Partei der Arbeit Koreas und des koranischen Volkes.

Dem Frieden unsere Stimme, wir sagen NEIN zum Krieg!

Liebe Freunde und Genossen,

mit Empörung und Unverständnis haben wir die Meldung zum Abstimmungsverhalten der Partei DIE LINKE zum weiteren Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan aufgenommen. Mit dem 25. August 2021 wurde die Partei DIE LINKE, die von vielen noch als antimilitaristisch und friedensbewahrende linke Partei verstandene wurde, nun endgültig zu Grabe getragen. Das Abstimmungsverhalten der Partei kann man drehen, wenden und auch kommentieren wie man will. Es ist und bleibt ein klarer und eindeutiger Verrat an den Friedensinteressen des deutschen und afghanisches Volkes und ihrer Arbeiterklasse im Besonderen. So wie einst die Bewilligung der deutschen Kriegskredite anno 1914 durch die SPD, so wird auch dieses Abstimmungsverhalten der Partei DIE LINKE sich in das Gedächtnis der deutschen Arbeiterbewegung einbrennen. Nur ganze 7 von 73 Mitgliedern der Bundestagsfraktion haben den Mut gehabt, die Friedensgrundsätze ihrer Partei nicht auf den Müll der Geschichte zu werfen. Mutig haben sie NEIN zum Krieg gesagt, sind damit ihrem Gewissen gefolgt und den Friedensgrundsätzen ihrer Partei treu geblieben. Dafür sei ihnen - und nur ihnen allein - von uns gedankt. Allen anderen der Bundestagsfraktion, die sich der Abstimmung aber enthalten haben, sei gesagt: Wer für die Menschen eine ehrliche und wirkliche Friedenspolitik betreiben will darf bei Fragen, wo es um Krieg

und Frieden geht, sich nicht der Stimme enthalten. Denn Stimmenthaltung heißt immer, mitschuldig werden am Krieg, der Zerstörung von Städten und Dörfern, sowie am Tod und Elend der dortigen und der eigenen Bevölkerung. Wer für den Frieden eintreten will, muß zum Krieg auch eindeutig nein sagen WOLLEN. **Liebe Freunde und Genossen,** der 25. August 2021 ist kein weiteres Ruhmesblatt in der Geschichte der Partei DIE LINKE. Das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion zeigt uns sehr genau, wie zerrissen diese Partei in ihren Friedensgrundsätzen ist und welchen Weg sie bereit ist zu gehen, um im Bundestag regierungsfähig zu werden. Dennoch wissen wir aber auch, daß nicht alle Mitglieder dieses Vorhaben unterstützen. Wie schon auf Landesebene, so ist man sich auch auf Bundesebene der Gefahr bewußt, daß durch eine Politik der Zugeständnisse und Kompromisse, die Partei DIE LINKE weiter und weiter an Glaubwürdigkeit unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten verlieren wird. Die Landesregierungen Berlin und Thüringen beweisen es und stehen als Beispiele dafür ganz weit oben. Wem also werden die Arbeiter, Angestellten, Rentner, Arbeitslose und die linke Jugend des Landes in Zukunft noch folgen, wenn sie erleben müssen, daß von einer Partei mit linken Ansprüchen, ihre Interessen, wie z.B. der Friedensfrage, nicht konsequent vertreten werden? Die Partei DIE LINKE schadet sich hier

aber nicht nur sich selbst, nein, sie fügt damit auch der gesamten Arbeiterbewegung in der BRD einen großen Schaden zu. Die Arbeiterbewegung wird sehr viel Arbeit und Energie aufbringen müssen, das Vertrauen dieser Menschen wieder neu zu gewinnen, um auch in Zukunft wieder mit ihnen gemeinsam für die eigene Sache Partei ergreifen zu können. Von den Fraktionsmitgliedern um Herrn Thomas Nord hingegen erwarten wir, daß sie weiter so „offen und ehrlich“ zu ihren Wählern bleiben, damit die einfachen Arbeiter nicht noch einmal auf sie hereinfallen können. Haben sie sich doch mit ihrer Zustimmung, sich vom Friedenswillen und der Friedenslosung „Vom deutschen Boden soll/darf nie wieder Krieg ausgehen, sondern nur noch Frieden“ längst losgesagt und heulen nun mit jenen Wölfen des Kapitals ihr gemeinsames Lied vom Krieg. Ein besseres Beispiel für den Verrat am deutschen Volk und seiner Arbeiterklasse gibt es wohl momentan kaum. Wir Kommunisten der Regionalorganisation Oder-Spree der Kommunistischen Partei Deutschlands, sehen uns mit diesem Abstimmungsverhalten der Partei DIE LINKE in unserer Auffassung jedoch bestärkt, daß zu der kommenden Bundestagswahl, Kommunisten nur Kommunisten wählen können und auch werden.

Jens Röstel
Vors. RO Oder-Spree der KPD
01. September 2021

Oktobertage

In der offiziellen Aufzählung der wichtigen Geden- und Feiertage im Oktober werden 59 Tage und Ereignisse aufgezählt. Das beginnt am 01. Oktober mit dem Tag des Lächelns, geht über den 25. Oktober mit dem Weltnudeltag und endet am 31. Oktober mit Halloween. Schauen wir uns einmal einige Tage genauer an, z.B. den

03. Oktober - Tag der offenen Moscheen, Tag der Einheit, Erntedankfest

Wenigstens ein Punkt ist es wert, darüber nachzudenken, der sogenannte „Tag der Einheit“ Anlässlich der völkerrechtswidrigen Annexion der DDR feiern sich hier die Akteure selbst. Dazu kann man im „Dicken DDR Buch“ des Eulenspiegelverlages für 1990 nachlesen: „02.10. Letzte Volkskammersitzung, Lothar de Maizière erklärt das Ausscheiden der DDR aus der sozialistischen Staatengemeinschaft zu einem Abschied ohne Tränen.“ und am „2./3.10. Um 24 Uhr am 2. Oktober endet die Existenz der DDR. Am 3. Oktober um 00.00 Uhr werden aus DDR-Bürgern Bundesbürger.“

Was ging dem voraus? Der Oktober 1990: Bereits am 29. 01. wird Erich Honecker aus dem Krankenhaus heraus verhaftet. Und schon am 10.02. trafen sich Bundeskanzler Kohl und Michael Gorbatschow in Moskau. Helmut Kohl holte sich die Zusicherung, daß die UdSSR einer „Wiedervereinigung“ nicht im Wege steht. Am 23.08. beschließt dann die Volkskammer den Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung zum 3. Oktober. Noch existierte die DDR. Aber man handelte nach dem Grundgesetz. Diese Termine machen deutlich, wie von langer Hand im Voraus die Konterrevolution in der DDR vorbereitet wurde. Von Anfang an wurde die Nichteinhaltung bestehender Verträge einkalkuliert und es wurde über die Köpfe des Volkes der DDR hinweg die Konterrevolution beschlossen. Da hat man wohl keine Lust zum Feiern!

07. Oktober – Rosenkranzfest und Tag der Menschenwürdigen Arbeit

Nun ja, was wirklich bedeutsames ist den Autoren wohl nicht eingefallen. Der Gründungstag der DDR wird zum Nationalfeiertag. Heute soll er vergessen werden. Aber im

Oktober 1949 überschlagen sich die Ereignisse. Hier nur einige Punkte: 07.10. Der Deutsche Volksrat konstituiert sich als provisorische Volkskammer, setzt die Verfassung in Kraft und bestimmt Berlin zur Hauptstadt der DDR. Die DDR ist gegründet. Noch am gleichen Tag protestiert die Adenauer Regierung gegen die Gründung der DDR und macht ihren Alleinvertretungsanspruch geltend. Am 10.10. werden die Verwaltungsfunktionen von der SMAD an die provisorische Regierung übergeben. Am 12.10. Der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck wird einstimmig zum Präsidenten der DDR gewählt. Diese Regierung wird am 12.10. durch die Provisorische Volkskammer bestätigt. Unter Leitung von Otto Grotewohl bildeten Vertreter der SED, LPD, CDU, NDPD und der DBD diese Regierung, die erste wirklich demokratische Regierung in Deutschland, in der alle Schichten des Volkes vertretenen waren. Am 15. Oktober erkannte die Sowjetunion als erster Staat die DDR völkerrechtlich an und nahm diplomatische Beziehungen zu ihr auf. Wenig später folgen die zehn sozialistischen Staaten: Bulgarien am 17. 10., Polen am 18. 10., die CSR am 18. 10., Un-

garn am 19. 10., Rumänien am 22. 10., China am 25. 10., Korea am 7. 11., Albanien am 2. 12. 1949 und Vietnam am 3. 2. 1950, zuletzt die Mongolei am 13. 4. 1950. In einem Telegramm vom 13. 10. 1949 hatte Stalin die Gründung der DDR als »Wendepunkt in der Geschichte Europas« markiert. Das deutsche und sowjetische Volk besaßen »die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung«. Die Geschichte DDR hat gezeigt, daß auch in einem vom Faschismus zerrütteten Deutschland ein demokratischer Anfang möglich war, und daß die geeinte Arbeiterklasse auf ihrem Weg zum Sozialismus wirklich „große Aktionen von Weltbedeutung“ erreichen kann. Gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wurde die Welt verändert, und bewiesen, daß im Sozialismus die Zukunft der Menschheit liegt.

25. Oktober – Weltnudeltag

Das ist schon wieder so blöd, daß man darüber lächeln kann. Wirklich hervorzuheben ist die **Große Sozialistische Oktoberrevolution**. Sie war die erste sieg-

reiche Revolution in der Geschichte der Menschheit. Es war die Wende von der Herrschaft der Ausbeuterklasse zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Sie war der Anfang der Bewegung eines ganzen Volkes gegen den imperialistischen Krieg zu einem mächtigen revolutionären Strom für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Lenin orientierte die Partei der Bolschewiki zum Aufstand. Der Panzerkreuzer Aurora gab des Signal. Nach der Machtübernahme der Sowjets erklärte Lenin den Krieg zum „größten Verbrechen der Menschheit“. Unsere Gegner stellen dieses welthistorische Ereignis als gewaltsame Machtübernahme durch die kommunistischen Bolschewiki unter Führung Lenins in Rußland dar, die zu einer Diktatur der Kommunistischen Partei Rußlands führte. So wird Geschichte verdreht! Gemeinsam gedenken und pflegen wir unsere Ehrentage so, daß sie nicht vergessen werden und Mut für einen neuen Aufbruch in eine sozialistische Zukunft geben.

Jürgen Geppert

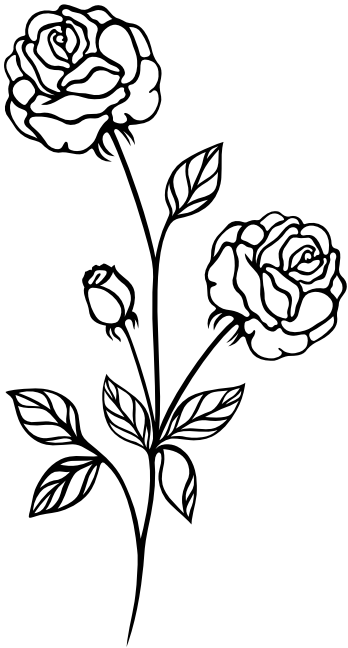
Am 27.10.2021 feiert unsere Genossin und Alterspräsidentin

Inge Müller

ihren 90. Geburtstag

Wir, die Genossinnen und Genossen des ZK, des Sekretariats und alle Mitglieder unserer Partei gratulieren dir, liebe Inge, ganz herzlich zu deinem Ehrentag. Du gehörst seit der Wiedergründung unserer Partei an, hast in den langen Jahren deiner Mitgliedschaft in führenden Funktionen einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung der KPD getragen. Dir ist es zu verdanken, daß die finanziellen Belange unserer Partei jeder Kontrolle stand hielten. Du hattest alles in fester Hand. Auf der Grundlage deiner festen kommunistischen Einstellung und deines Wissens hast du einen wesentlichen Anteil an der Überwindung von Höhen und Tiefen in unserem Parteileben gehabt und jüngeren Genossen mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Möge deine Gesundheit dir die Kraft geben, den Kampf für unsere Ideale noch lange fortzusetzen.

Sekretariat, ZK und alle Genossinnen und Genossen der KPD





Um die Jahreswende 1843/44 erarbeitete sich Marx in der Schrift ‘Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie/Einleitung’ im Alter von 25 Jahren einen eigenständigen Begriff des Proletariats. Hegel hatte in seiner Rechtsphilosophie noch vom Pöbel gesprochen. Bei allem Reichtum heißt es dort im § 245, den die bürgerliche Gesellschaft produziere, sei die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug, die Armut des Pöbels zu steuern, deshalb müsse die Bourgeoisie auf die Jagd nach Kolonien gehen. Eine binnennationale Lösung im Sinne einer Überwindung bürgerlicher Herrschaft per Klassenkampf sieht Hegel zu keiner Zeit vor. Das musste die Kritik von Marx hervorrufen, die belegt, daß der Staat nicht aus sich selbst oder aus einem Geist zu begreifen ist, sondern aus den materiellen Lebensverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft. Fast gleichzeitig

Klassenkampf und Erkenntnis

erkennt dies Engels unabhängig von Marx in Manchester. Gegen Ende seiner Kritik stellt Marx die damals die Linkshegelianer bewegendende Schlüsselfrage: Wo liegt also die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation? In der Antwort fallen Hammerschläge: “In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird ... welche mit einem Wort der völlige Verlust des Menschen ist ... Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat”. (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, Werke Band 1, Dietz Verlag Berlin, 1960,390). Gewiß ein Schlüsselzitat des jungen Marx, eine diesen Ausführungen von Marx ähnliche Bemerkung finden wir im Vorwort der ‘Lage der arbeitenden Klassen in England’ von Engels. Hier heißt es, die Lage der Arbeiter sei “die höchste, unverhüllteste Spitze

unserer bestehenden sozialen Misere“ (Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, Werke Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1960,232). Ist diese Ähnlichkeit der Denkmuster fast zur gleichen Zeit ein Zufall? Eine dialektische Betrachtung historischer Entwicklungen weist die gleichzeitige Entwicklung des Gegenteils nach, hier die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Todeskeim, mit einer ihr feindlichen, proletarischen Gegenbewegung, und beide, Marx und Engels, spiegeln in ihren Darstellungen die damalige Wirklichkeit der Klassenbewegungen wider. Es begab sich aber nach der Zeit ab 1815, daß sich die gesellschaftlichen Zusammenhänge so weit vereinfacht hatten, daß der Klassenkampf als die treibende Kraft der Geschichte erkannt werden konnte. (Vergleiche Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Werke Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960,299). Also eine weitere gegensätzliche Bewegung: Die Höherentwicklung der Produktivkräfte schließt eine Vereinfachung gesellschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen nicht aus, sondern ein. Konnte man im Werk Hegels noch lesen, daß wir in einer entscheiden-

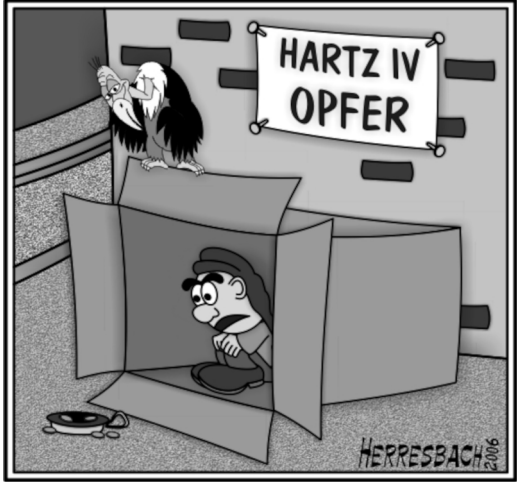
den Epoche der Weltgeschichte stehen, so lautet dieser Umstand im Manifest, daß sich unsere Epoche der Bourgeoisie dadurch auszeichne, daß sie die Klassengesätze vereinfacht habe. Und was geschichtlich gilt, gilt auch politisch. Die erste Phase des Kommunismus gründet sich auf Elemente der primitiven Demokratie. Verglichen mit diesen Spannungsfeldern verlief die Geschichtsdeutung der bürgerlichen Aufklärung im 18. Jahrhundert als Reflex sich immer weiter vervollkommnender Produktivkräfte eindimensional, von einfachen Konstellationen zu immer komplexeren, idealistisch als ständige Erhöhung einer Weltvernunft ausgelegt. Condorcet etwa interpretiert die Geschichte nach einem zehnstufigen Vernunftmodell, das einen Rückfall auf vorhergehenden Stufen, der ja stattfindet, ausschließt. Insofern hatte der Restaurationsideologe de Maistre nicht ganz unrecht, als er ausführte, Condorcet huldige eine “idole d’ echelle” (ein Idol einer Leiter).

Heinz Ahlreip

Die im Dunkeln sieht man nicht

Wenn man sich heute in der BRD durch die Straßen der großen und kleinen Städte bewegt, sind die Wahlplakate der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien nicht zu übersehen. Auf den Grünflächen der großen Städte sind sie so groß, daß man ihre Maße nur mit dem Zollstock ermitteln kann. Am Wahlsonntag wird nach Karl Marx, gemäß seiner Analyse der Pariser Commune, darüber entschieden, wer aus den herrschenden Klassen der BRD das Proletariat im Parlament ver- und zertreten soll. Das gilt für alle Parlamentswahlen, wo immer sie auch auf der Welt stattfinden. In Hannover sind zur gleichen Zeit in den sogenannten roten Stadtteilen Linden und Limmer drei kleine Plakate aufgetaucht, nur mit Text versehen. Um ihre Fläche zu ermitteln, genügt ein Maßband: 60 x 42 cm. Sie werden durch bürgerliche Großplakate in den Schatten geringer Beachtung gedrängt. Mit ihnen werden keine leeren Versprechungen verbreitet, sondern grausame und nackte Tatsachen der rauen, alltäglichen sozialen Wirklichkeit in der BRD verkündet. Treten wir zu ihnen hinzu, um sie präziser zu erfassen: “STOPPT DAS STERBEN AUF DEN STRAßEN. Fast jeder vierte obdachlose Mensch in Hannover hat einen Tötungsversuch erlebt. Neun von zehn Menschen ohne Obdach sind regelmäßig Gewalt, Vertrei-

bung und Beleidigungen ausgesetzt“. “EURE WOHNUNGSPOLITIK MACHT UNS ANGST. Wohnungslose Menschen zahlen 411 € für einen Schlafplatz in einer Stadtunterkunft. Das ist der gleiche Betrag, den das Jobcenter für eine eigene Wohnung zahlt“. “WIEDER EIN WINTER AUF PLATTE. Selbst bei Minusgraden müssen obdachlose Menschen tagsüber die Notschlafstellen verlassen. Wettergeschützte Winterschlafplätze werden von der Stadt geräumt“. Daß das krank machen muß, ist evident. Zu nennen wäre hier zunächst Roß und Reiter. In Hannover regiert der grüne Oberbürgermeister Belit Onay, der in der Mitte der brutalen bürgerlichen Gesellschaft angekommen ist und selbst mit Hand anlegt zu ihrer Aufrechterhaltung. Einen größeren Kontrast wie zwischen den vollmundigen Worten auf den Wahlplakaten mit ihren Heilsversprechungen und den bescheidenen Zetteln der Ärmsten der Armen, die Notrufe sind, kann es nicht geben. Nicht auf den Wahlplakaten wird die bittere soziale Wirklichkeit in der BRD richtig widerspiegelt, auf ihnen taucht eine Fata Morgana nach der anderen auf, sondern durch die Hilferufe der von den Parlamenten bereits Zertretenen. Die Zahl der Zertretenen ohne Wohnraum beläuft sich nach Angaben der ‘Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslo-

senhilfe’ derzeit auf zirka 660 000. In deren Namen plakatieren auch die Obdachlosen in Hannover. “In den Parlamenten wird nur geschwatz, speziell zum Zweck, das ‘gemeine Volk’ hinters Licht zu führen“ (Lenin, Staat und Revolution, Dietz Verlag Berlin, 1960,436).  Friedrich Engels hatte bereits 1872 in seiner Schrift ‘Zur Wohnungsfrage’ auf die Möglichkeit hingewiesen, Bequartierungen vorzunehmen. Nach der Oktoberrevolution war es in Rußland möglich, in den Villenvierteln Menschen ohne Wohnungen kostenlos unterzubringen. Das reiche Pack war geflohen. Immer wieder kommen wir auf diese Revolution zurück, immer wieder

lohnt es sich, sie zu studieren. Nicht um des Studierens willen, sondern um uns Verlaufsskizzen und Klassenkonturen einer historisch notwendig kommenden proletarisch-sozialen Revolution in Deutschland zu imaginieren. Auch in Deutschland. gäbe es genügend Wohnraum für alle Bundesbürger. Aber sollte ein Hausmeister nachts die Tür eines Bürohochhauses öffnen, nachdem er von der Bundeswehr ausrangierte, aber noch wärmende Schlafsäcke besorgt hat, damit Obdachlose sich mit Schlafsäcken in den Fluren schlafen legen können, klicken sofort die Handschellen. Handschellen sind überhaupt eine vortreffliche Erfindung. Immer wenn der Arme es wagt, das heilige Eigentum der Vollgefressenen zu berühren, überall klicken Handschellen in der BRD, dieser so freien und toleranten Republik. Obdachlose dürfen sogar während einer bürgerlichen Parlamentswahl ihre eigenen Zettel an Litfaßsäulen kleben. Roß und Reiter wurden genannt. Klartext ist angesagt: Es werden in der Bundesrepublik, angeblich eine der reichsten Republiken auf der Welt, im kommenden Corona-Winter wieder Menschen auf offener Straße erfrieren, Bundeswahl hin, Bundeswahl her.

Heinz Ahlreip

Agrar- und Umweltinformation - 50 Jahre Greenpeace

Ende August diesen Jahres begrüßte der Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, Martin Kaiser, im Ozeaneum Stralsund Aktivisten seiner Organisation und Vertreter der regionalen Politik sowie auch Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsidentin Schwesig zum 50. Geburtstag seiner Umweltorganisation. Er lobte als erstes das Engagement der weltweit 3500 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in 55 Ländern (von Brasilien bis China, von Südafrika bis Rußland), ihre 63.000 Ehrenamtlichen, und ihre über 3 Millionen Unterstützerinnen und Unterstützer als Motor und Antrieb für Greenpeace. Martin Kaiser ist seit 1998 bei Greenpeace; seit Oktober 2016 gehört er zur Geschäftsführung. Kaiser hat viele Jahre internationale Klima- und Biodiversitätsprojekte geleitet und kämpft dafür, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Dafür leitete er zahlreiche Kampagnen, war der Greenpeace-Vertreter auf globalen Klimakonferenzen und Politikgipfeln und sorgte für den starken Rückenwind bei dem lange erwarteten Klimaabkommen in Paris. Obwohl er Kanzlerin Merkel, abseits der Kameras, Verständnis für die Anliegen seiner

Organisation bescheinigt, macht er im Hinblick auf die Klimaarbeit der Regierung Merkel keine guten Erfahrungen. Für Kaiser prägen Lobbypolitik und der Einfluß der Industrie die Klimapolitik der Regierung, die progressiven Kräfte finden in der politischen Landschaft kein Gehör. So sind in den 50 Jahren nur wenige grundlegende Erfolge zum Schutz der Umwelt gelungen, wie z.B. das Verschwinden von Blei aus dem Benzin oder das Verbot von FCKW zum Schutz der Ozonschicht der Erde. Hier ein Auszug aus seiner Rede, der noch einmal deutlich macht, wie dringend eine grundlegende Wende der globalen Klimapolitik für unser weiteres Überleben ist: „Es ist die Hoffnung, die uns die Kraft gibt, uns mitten in einer rasend schnell fortschreitenden Klima- und Naturkrise weiterhin und unermüdlich für eine lebenswerte Welt einzusetzen und zu engagieren. Dieser Sommer 2021 scheint aber nicht dafür gemacht, von Hoffnung zu sprechen: Extreme Brände von Südeuropa über Sibirien bis Kalifornien, Hochwasserkatastrophen nicht nur in Asien, sondern mitten unter uns, mit vielen Toten und Verletzten. Rasant schmelzende Eismassen, und



parallel dazu ein Artensterben historischen Ausmaßes. Wir Menschen mißachten die planetaren Grenzen und rasen auf Kippunkte von Natur und Klima zu, die - einmal erreicht - unser Überleben auf diesem Planeten gefährden. Manche von Ihnen werden sich jetzt fragen, ist da Hoffnung überhaupt noch angebracht? Meine Antwort lautet: „Ja. Denn Hoffnung bedeutet Bewegung, Hoffnung bedeutet Engagement. Hoffnung ist

das Gegenteil von Resignation und Stillstand. Um auf diese für die Menschheit bedrohlichsten Krisen immer wieder aufmerksam zu machen, braucht es öffentliche Debatten. Unser Anspruch ist es, diese Debatten immer wieder anzustoßen. Und dafür müssen wir immer wieder auch unbequem sein.“ Obwohl Kaiser mit seiner Organisation keine revolutionäre Systemkritik betreibt, können wir Kommunisten auch für uns einige dieser Handlungsprinzipien ableiten. Denn wenn wir heute auch Wenige sind haben wir die Hoffnung, unsere richtige wissenschaftliche Überzeugung von der Notwendigkeit der Errichtung einer Sozialistisch-Kommunistischen Gesellschaft zu erhalten und damit unsere Kinder und Enkel zu befähigen, sie in die Tat umzusetzen. Dabei dürfen wir nicht resignieren, sondern weiter unermüdlich Menschen aufklären und überzeugen, daß nur eine sozialistische Gesellschaft die Probleme der Menschheit (auch im Umweltschutz) lösen kann.

Axel Schmidt (Wirtschaft und Soziales)

Sieg für „Deutsche Wohnen & Co enteignen“: Laboratorium im Klassenkampf

Der Sieg der Initiative

Am 26.09.2021 fand nicht nur die Bundestagswahl statt. Die Berliner waren gleichzeitig aufgefordert über ihr Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung abzustimmen. Und dann war da noch ein Volksentscheid der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. 59,1 % der Wähler stimmten für den Volksentscheid. Die höchste Zustimmung erzielte die Abstimmung in Friedrichshain-Kreuzberg (72,4 %), Mitte (63,7 %) und die niedrigste in Reinickendorf (45,1 %) und – wenig überraschend – in der Villengegend Steglitz-Zehlendorf (immerhin noch 44 %)¹.

Einen Tag nach dem Sieg gaben sich die Sprecher der Initiative auf ihrer Pressekonferenz kämpferisch. Einer der Sprecher, Rouzbeh Taheri, betonte, dass es nicht ums „zähmen oder hübsch anstreichen“ der Konzerne gehe, sondern selbige „aus Berlin verschwinden“ sollten². Sprecherin Jenny Stupka hob die „demokratische Kontrolle“ über die Wohnungen hervor³.

Es bleibt nun spannend, wie die verschiedenen politischen Parteien und die Organe der bürgerlichen Herrschaft auf den Volksentscheid reagieren werden, der nicht verbindlich ist. Dr. Franziska Giffey (SPD), die erst vor wenigen Monaten aufgrund von einer Plagiatsaffäre als Bundesministerin nicht mehr tragbar war, aber sich für Berlin anscheinend noch als gut genug sieht, machte ihre von oben herab Haltung bereits deutlich. Man müsse laut Giffey „nicht zur respektvoll, sondern auch verantwortungsvoll“⁴ mit dem Votum umgehen. Selbstverständlich spricht sie hier nicht den Finanzspekulanten die Verantwortung ab, sondern paternalistisch dem auf linke Irrwege geratenen Volk. Die Grünen streben nach einer „Kompromisslösung“ mit den Konzernen und wollen Enteignungen nur als „ultima ratio“ (also nie)⁵. FDP und CDU betonen selbstredend getreu ihrer Klasseninteressen ihre Phrasen vom Eigentum als Freiheit und Grundrecht. Lediglich die Partei die Linke unterstützte die Volksinitiative.

Der Haken an der Sache

Wir können das große Aber der Initiative natürlich nicht ausklammern: Es handelt sich trotz des Titels nämlich gar nicht um eine Enteignung. Es handelt sich in Wahrheit um eine grundgesetzkonforme „Enteignung“, die niemals entschädigungslos erfolgen darf, wie es im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt. Im Grunde genommen handelt es sich also „nur“ um einen verordneten Rückkauf von Immobilien durch die Stadt Berlin, freilich für die Konzerne nicht ganz freiwillig. Es sind die selben Immobilien, die von der Stadt überhaupt selbst verschertelt worden sind, woran der Sozialdarwinist, Rassist und Verächter der Armen, Thilo Sarrazin, im Auftrag eines roten Senats federführend beteiligt war⁶. Korrekt ausgedrückt handelt es sich also um eine Rekommunalisierung von einstigem Stadt Eigentum. Dennoch dürfte die Forde-

rung für die Kapitalisten unerhört sein, denn im Beschluss der Initiative zur Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs durch den Senat heißt es: „Die Höhe der Entschädigung ist nach Sinn und Zweck des Art. 15 des Grundgesetzes deutlich unterhalb des Verkehrswertes anzusetzen.“⁷ (Hervorhebung von uns)

Die Aktivisten gehen laut Deutschlandfunk Kultur davon aus, dass dieser Rückkauf die Stadt Berlin 13 Mrd. € kosten wird, der Berliner Senat hingegen behauptet einem Kaufpreis in Höhe von 29 Mrd. €⁸. Sollte das Projekt also wirklich verwirklicht werden, wird sich hier „nur“ um die Höhe der Rendite oder der Verluste/Abschreibungen der Immobilienhaie gestritten. Die ihnen tatsächlich zustehende Null steht noch nicht zur Debatte.

Ideologisch ist das nicht verwunderlich, in einer Kurzbroschüre über Vergesellschaftungen bezieht sich die Initiative primär auf die sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik der 1920er und den Beitrag der SPD zum Artikel 15 des Grundgesetzes bei Gründung der BRD im Jahr 1949 und die Rolle des DGB beim Wohnungsbau⁹. Die kapitalistische Ordnung an sich wird hier also nicht in Frage gestellt, lediglich ein einzelner Bestandteil. Die Forderungen sind somit - rein theoretisch - innerhalb der kapitalistischen Ordnung umsetzbar. Die Monopolisierung des Wohnungsbesitzes – wie generell jedes Kartell – kann einen Kannibalisierungseffekt für den Rest der Wirtschaft haben, der für die Funktion der Ordnung selbst schädlich ist. Somit wäre die Umsetzung des Volksentscheids ganz im Sinne einer keynesianischen Ordnungspolitik ein korrigierender Eingriff. Aus ähnlichen Erwägungen waren die Herrschenden beispielsweise zur Einführung des Mindestlohns gezwungen. Unter diesen Vorzeichen würde die kapitalistische Ordnung nicht in Frage gestellt sondern stabilisiert werden.

Die Möglichkeiten und Schlußfolgerungen

Trotz dieses Hakens kann die Initiative zu einem großartigen Anschauungsunterricht im Klassenkampf werden. Im Grunde handelt es sich hier zwar nur um die Wiederherstellung eines Zustandes, den es vor der großen Privatisierungswelle in der alten BRD bis in die 1980er Jahre noch gab bzw. vergleichbar in der österreichischen Hauptstadt Wien bis heute besteht, dennoch ist das Potential für die Entwicklung von Klassenbewusstsein groß. Die herrschenden Parteien - mit Ausnahme vielleicht noch der Linkspartei, die sich aber in Koalitionen fügen wird wie schon beim Verscherbeln der Wohnungen- werden alles unternehmen, um das Anliegen zu torpedieren. Die Aktivisten kündigten bereits an, selbst den Erlass eines Gesetzes zu erwirken, wenn die Parteien nicht kooperieren¹⁰. Es ist abzusehen, dass die die Parteien und Organe des bürgerlichen Staates alles unternehmen werden, um die Rendite der Haie weit über den Be-

trag von 13 Mrd. € zu steigern und ihnen so viel Geld wie nur möglich hinterherzuwerfen. Es wird besonders spannend der heutigen Sozialdemokratie zuzuschauen, wie sie klassisch sozialdemokratische Forderungen mit allen Mitteln verhindern wird.

Selbst wenn der Rückkauf verhältnismäßig günstig abgeschlossen werden sollte, drohen die „Investoren“ den Berlinern bereits Rache in Gestalt von Verlangsamung des Neubaus an¹¹. Darüberhinaus wird auch das Bundesverfassungsgericht (wie beim gekippten Mietendeckel¹²) alles tun, um das Votum, mit dem das Volk gesprochen hat, solange zu durchlöchern, bis es faktisch null und nichtig ist.

Die Widersprüche zwischen den Besitzenden und Proletariern werden dadurch wie unter einem Brennglas sichtbar und es wird sich zeigen, dass diese faule kapitalistische Gesellschaft in keiner Weise Harmonie und „sozialen Ausgleich“ in sich birgt. Es besteht großes Potential, dass sich mehr und mehr Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose und kleine Selbstständige die Fragen stellen:

1. Wem dienen eigentlich die Parteien, Regierungen und Gerichte?
2. Warum muss überhaupt die ganze Gesellschaft sich der Logik des Profits unterordnen, auch in allen anderen Bereichen des Lebens, vor allem am Arbeitsplatz?
3. Ist die Herrschaft einer Minderheit von Ausbeutern wirklich so gut für das Allgemeinwohl?
4. Warum erhalten die Aktionäre, die nur vom Coupon schneiden leben überhaupt 13 oder 29 Mrd. €, für welche geleistete Arbeit?!
5. Wäre eine andere und bessere, ja planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft, die dem Menschen dient, dem Markt vielleicht sogar überlegen?

Die bewusste Nutzung des Reizwortes „Enteignung“ mag zwar im marxistischen Sinne nicht der tatsächlichen Forderung eines Rückkaufs oder einer Rekommunalisierung entsprechen, zeigt aber dennoch, dass die antikomunistische Angstkampagne ihren Schrecken bei einer breiten Masse verloren hat. Wegweisend an der Kampagne war auch die Art und Weise, wie die Kampagne verwirklicht wurde. Völlig selbstverständlich wurden die wichtigen Forderungen mehrsprachig u. a. auch auf russisch, arabisch, türkisch und polnisch verbreitet, womit dann wirklich alle Teile des Proletariats ohne Barriere angesprochen wurden. Damit ist der Initiative mit einer klassisch links-sozialdemokratischen Forderung der Erfolg gelungen, der der blutleeren Initiative „Aufstehen“ verwehrt blieb. Während einer der ideologischen Köpfe hinter „Aufstehen“, Sahra Wagenknecht, in ihrem jüngsten Buch „Die Selbstgerechten“ noch damit argumentiert, dass die klassische Sozialdemokratie den Zuzug von Migrant*innen, etwa zur Weimarer Zeit, begrenzte¹³, organisierte die Berli-

ner Initiative – ebenfalls mit Bezug auf die gleiche alte Sozialdemokratie - alle Proletarier unabhängig von ihrer Herkunft. Der Erfolg bzw. Misserfolg der jeweiligen Initiative möge hier über die Richtigkeit der beiden entgegenstehenden Sichtweisen richten. Der Erfolg der Deutsche Wohnen Initiative wäre ohne den Zusammenhalt von Alteingesessenen, Einwanderern, Einwandererkindern und Flüchtlingen so nicht möglich gewesen und ist für ganz Deutschland beispielgebend.

Fazit

Mag auch die Initiative in der Zielrichtung ob Enteignung oder Rückkauf noch nicht zu 100 % klar sein, mit der erfolgreichen Abstimmung ist der Grundstein gelegt, dass breite Massen die Mechanismen der kapitalistischen Herrschaft in Frage stellen und sich dagegen zusammenschließen werden. Der Kampf um das Grundrecht des Wohnens kann zu einer großen Bühne des Klassenkampfes werden. Aus diesem Grund beglückwünschen wir alle Beteiligten zur erfolgreichen Initiative und werden sie im kommenden Kampf unterstützen.

Wir fordern die entschädigungslose Enteignung aller Miethaie und Konzerne! Keinen Cent für Deutsche Wohnen & Co, keinen Cent für leistungsloses Einkommen aus Coupon schneiden! Nur Arbeiter und andere Werktätige schaffen Werte und haben diese Konzerne längst mehrfach mit überdimensionierten Mieten „abgekauft“. Für den Sozialismus!

Gregor Lenßen

1. <http://wahlergebnisse.info/6003.php>
2. <https://www.youtube.com/watch?v=PTdzKw4-joYU> Zeit: etwa 23:15 Minuten
3. Ebenda etwa 2:30 Minuten
4. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/erfolg-fuer-volksentscheid-muessen-wohnungskonzerne-in.1001.de.html>
5. ebenda
6. <https://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/sarrazin-fuer-privatisierung>
<https://www.hintergrund.de/soziales/privatisierung/berlin-der-rot-rote-senat-fuettert-die-heuschrecken/>
7. <https://www.dwenteignen.de/wp-content/uploads/2021/03/Beschlusstext.pdf>
8. ebenda
9. https://www.dwenteignen.de/wp-content/uploads/2020/01/Vergesellschaftung_Download_2.-Auflage.pdf siehe Seite 6
10. <https://www.youtube.com/watch?v=PTdzKw4-joYU> etwa 10:30 Minuten
11. <https://www.wiwo.de/finanzen/immobilien/deutsche-wohnen-und-co-enteignen-die-radikalen-folgen-der-berliner-enteignungsdebatte/27622020.html>
12. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/mieten-deckel-berlin-bundesverfassungsgericht-100.html>
13. Siehe Sahra Wagenknecht: „Die Selbstgerechten“, Kapitel 6. ZUWANDERUNG – WER GEWINNT, WER VERLIERT?

Standpunkt der KPD zur Impfpflicht

Seit über 18 Monaten werden durch die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, hervorgerufen durch das Coronavirus SARS-CoV-2, das gesellschaftliche Leben, die persönlichen Freiheiten, Wohlbefinden und Gesundheit der Einwohner der BRD massiv beeinträchtigt. Medizinische Hintergründe werden der Bevölkerung in den Medien ebensowenig gemäß dem Bildungsstand der Mehrheit erläutert wie die ständig wechselnden und kleinstaatlerisch desorganisierten Infektionsschutzmaßnahmen. Die Impfstoffentwicklung wurde nicht zentral entsprechend epidemiologischer Erfordernisse vorangetrieben, sondern erfolgte als profitorientierter Wettlauf vieler Unternehmen mit dem Ergebnis verschiedener, unterschiedlich wirksamer Impfstoffe. Über Wirkungsweise, Nutzen und Risiken der Impfungen wurde die Bevölkerung wiederum unzureichend aufgeklärt.

All dies war ein idealer Nährboden für wilde Spekulationen, Desinformations- und Hetzkampagnen, welche große Teile der Bevölkerung zusätzlich verunsicherten oder gegen sinnvolle und notwendige Maßnahmen aufbrachten. Nach über

einem dreiviertel Jahr Impfungen stagniert der Anteil vollständig Immunisierter bei etwas über 60%, während die Infektionszahlen gegenüber den entspannteren Sommermonaten wieder anstiegen. Dies zeigt deutlich eine noch unzureichende Immunität der Bevölkerung.

Diese Neuinfektionen bergen die ständige Gefahr der Entstehung neuer Virusvarianten, welche noch ansteckender sind, mehr schwere Verläufe verursachen und / oder gegen welche die bisherigen Impfungen nicht ausreichend immunisieren. Das würde alle bisherigen Bemühungen zunichte machen und eine weitere Fortsetzung und Verschärfung der Infektionsschutzmaßnahmen einschließlich weiterer Impfungen nach sich ziehen.

Ein Ende der Pandemie kann nur durch eine möglichst schnelle ausreichende Immunität der Bevölkerung erreicht werden. Mehrere Probleme sprechen dagegen, das durch Erkrankungen zu erreichen. Erstens wurde das Gesundheitswesen in den vergangenen Jahrzehnten in einem Maße kaputtgekürzt und in die Hände privater Geschäftemacher übertragen, welches keine

großen COVID-19-Fallzahlen verkraftet. Zweitens werden durch die Erkrankung genau die schweren bis tödlichen Verläufe erzeugt, welche durch die Impfung vermieden werden. Drittens entstehen durch Infektionen immer neue und auch gefährlichere Mutationen.

Diese Gefahren rechtfertigen die Anwendung des Infektionsschutzgesetzes der BRD, §20 Absatz 6 und 7, zur Einführung einer Impfpflicht, die auch in der BRD schon bestand. Zusätzlich ist eine breite und qualifizierte gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung erforderlich.

Weiterhin müssen die BRD und andere wirtschaftlich führende Staaten ärmere Staaten bei der Immunisierung unterstützen, da die genannten Probleme sonst dort fortbestehen und sich gefährlichere Virusvarianten dann auch wieder hierher ausbreiten werden.

Eine Nötigung zur Impfung durch die Hintertür, Ungeimpften ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe einzuschränken oder ihnen im Quarantänefall die Existenzmittel zu entziehen, ist nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern wird, worauf der DGB und andere Organisatio-

nen bereits hinwiesen, Ungeimpfte zur Umgehung der Infektionsschutzmaßnahmen motivieren.

Jede Impfung hat Nebenwirkungen und führt zu Komplikationen bis hin zu Todesfällen. Nur viel weniger als die Erkrankung. Selbstverständlich muß eine Impfpflicht die großzügige Handhabung von Schäden und Haftung der Impfstoffhersteller für Fahrlässigkeit bei Entwicklung und Produktion der Impfstoffe beinhalten.

Die Motive der Entscheidungsträger in einem kapitalistischen Staat sind nicht unsere. Aber bei Problemen, welche Arbeiter, die gesund und am Leben bleiben wollen, und ihre Ausbeuter, die gesund bleiben wollen und gesunde Arbeiter brauchen, gemeinsam haben, überschneidet sich unser Interesse mit dem unserer Feinde und unterscheidet uns gemeinsam von den irrationalen Impffeinden.

Nur eine schnell durchgesetzte Pflichtimpfung gegen COVID-19 kann die Endlosschleife der Einschränkungen und Lockerungen sicher beenden, auch wenn die erforderlichen Maßnahmen selbstverständlich im Interesse des Kapitals getroffen werden.

Ey Atze



Atze: Na, warste zur Klimawahl?

Icke: Höhö... gar nicht war ich. Das Klima und ich sind quitt. Mehr abdrücken kann ich nicht.

Atze: Watt?

Icke: Die Karre steht sich kaputt und wenn wir fahren, kostet der Sprit jedesmal mehr...

Atze: Stimmt.

Icke: Und die Bude lassen wir immer öfter kalt und dunkel. Jedes Jahr mußten wir für Heizung und Strom nachzahlen.

Atze: Gesund ist das aber nicht.

Icke: Wenn die Pinke nicht fürn Jahresurlaub reicht, auch nicht. Irgendeinen Tod muß man sterben.

Atze: Warste nun zur Wahl?

Icke: Nein. Wozu? Ändert sich sowieso nichts.

Atze: Ach komm.

Icke: Guck nach Berlin. Die haben bei der Volksbefragung für die Enteignung der Miethaie gestimmt und gleichzeitig die Giffey zur Bürgermeisterin gemacht.

Atze: Ja, das ist kurios...

Icke: Kurios?! Das ist dämlich! Die hat doch vorher schon gesagt, was die davon hält.

Atze: Die Grüne wäre auch nicht besser.

Icke: Natürlich nicht. Das ist Fleisch vom selben Fleische...

Atze: Und nun?

Icke: Na nix. Schimpfen.

Atze: Schimpfen gehört zum Parieren.

Icke: Eben. Das ist erlaubt und kost‘ nix.

Atze: Und dein Bengel, war der zur Wahl? Der ist doch Erstwähler.

Icke: Denkste der kriegt ne Sonderbehandlung? Sein Zimmer bleibt auch kalt. Da geht der auch nicht zur Wahl.

Atze: Echt?

Icke: Ja, wir haben das in der Familie besprochen. Bei Strom und Heizung sparen wir.

Atze: Für einen Urlaub?

Icke: Ja, Ostsee... wenn’s reicht.

Fragen eines antifaschistischen Arbeiters oder Wieso man nur gegen den Faschismus sein kann, wenn man auch gegen den Kapitalismus ist

1933 gaben sie Hitler die Macht.
Wer gab ihm die Macht und zu welchem Zweck?

Schon vorher hatten die Nazis viele Anhänger
Wer finanzierte sie und wozu?

Die Nazis versklavten ihre Gefangenen und zwangen sie zur Arbeit in Fabriken und Feldern
Wessen Fabriken und Felder und für wen arbeiteten sie?

Die Nazis kauften tausende von Panzern und Millionen von Gewehren
Von wem kauften sie diese und wer profitierte davon?

Die Nazis ermordeten die Juden mit Gas
Von wem hatten sie es und wen bezahlten sie?

Die Nazis sperrten Millionen ins KZ
Wer baute sie ihnen und warum?

Die Nazis raubten Schätze und Ressourcen vieler Länder der Welt
Wer gab ihnen den Auftrag und wer bekam diese?

1945 wurden die Nazis besiegt
Wer besiegte sie und befreite somit die Menschheit?

Von Genosse Jeremija

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Wälzlager und Normteile Karl-Marx-Stadt

Darf ein sozialistisches Land mit dem Imperialismus Handel treiben? Unter der Bedingung der militärischen Parität im Prinzip ja, denn wenn Warenaustausch beiderseits freiwillig zustande kommt, dann nur, weil er für beide Seiten vorteilhaft ist. Was man weggibt, ist weniger nützlich als die Sache, die man dafür erhält. Warenproduktion ist eben kein Nullsummenspiel, wo der eine gewinnt, was der andere verliert. Sie verleiht der Arbeit einen Doppelcharakter, zugleich konkret gebrauchswertschaffend und abstrakt Werte, also Produktionsverhältnisse, erzeugend zu sein. Dies ist ein Moment der historischen Entstehung und Höherentwicklung der Menschheit.

ABER: Wie die zeitweilige Niederlage des Sozialismus in Europa zeigt, werden kurzfristige Vorteile durch Handel mit dem Kapitalismus, z.B. für den Lebensstandard der Bevölkerung, gegebenenfalls zunichte gemacht dadurch, daß der Warenaustausch das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus zu unseren Ungunsten verändert. Dann bezahlt man ein paar gute Jahre (wie die 1970er) mit dem Rückfall in die Barbarei, der sich gegenwärtig vor unser aller Augen vollzieht. Deshalb muß Export-Import-Tätigkeit mit dem NSW immer auf die Gebiete beschränkt sein, die das Kräfteverhältnis im internationalen Klassenkampf zumindest nicht verschlechtern. Leider werden wir in dieser Serie Fälle beleuchten müssen, wo dies nicht beachtet wurde.

Unentbehrlich, aber oft wenig beachtet, ist der Kleinkram, der überall und jederzeit vonnöten ist: Nägel, Schrauben,

Muttern, Niete, Splinte und andere Stifte, Federn, Ketten, Drähte, Kugellager usw. Natürlich müssen diese Teile normiert sein, damit sie zueinander passen. Woher kamen diese Dinge in der DDR? Aus dem VEB Kombinat Wälzlager und Normteile (KWN) Karl-Marx-Stadt. Sowohl mit seinen ca. 20000 Beschäftigten als auch mit der Industriellen Warenproduktion (IWP) zu Industrieabgabepreisen (IAP) von ca. 3,3 Milliarden Mark (1986) lag es im Mittelfeld der DDR-Kombinate. Die IWP ist dabei die sogenannte Bruttoproduktion, also die Summe des Wertes aller Waren, die das Kombinat verlassen. Da jeder Betrieb für seine Produktion aber Vorprodukte benötigt, die er nicht selbst herstellt, gibt über die Wertschöpfung eines Kombines eher die Nettoproduktion Auskunft, die dem geschaffenen Neuwert entspricht und sich aus der Bruttoproduktion minus dem Wert der von anderen Werken bezogenen Erzeugnisse und Dienstleistungen errechnet. Diese Nettoproduktion betrug im KWN 1986 knapp 1,1 Milliarden Mark.

Geordnet absteigend nach der Höhe der Nettoproduktion (1986) gehörten zum Kombinat folgende zwanzig juristisch selbständigen Volkseigenen Betriebe: Federnwerk Marienberg, Schrauben- und Normteilewerk Hildburghausen, der Stammbetrieb Schraubenwerk Karl-Marx-Stadt mit Betriebsteil in Köthen, Draht- und Schraubenwerk Finsterwalde, Rotasym Pößneck, Wälzlagerwerk Fraureuth, Wälzlagerwerk Leipzig, Ketten- und Nagelwerke Weißenfels (abgekürzt KNW, Vorsicht Verwechslungsgefahr mit

der Kombinatiabkürzung KWN!), Schraubenwerk Tambach, Wälzlagerwerk Luckenwalde, Orlopp Berlin, Wälzlagerwerk Zella-Mehlis, Wälzkörperwerk Bad Liebenstein, Schraubenwerk Magdeburg, Gleitlagerwerk Osterwieck, Wälzlagerkäfigwerk Mittweida, Schraubenwerk Elsterwerda, Kerb-Konus Dresden, Schraubenwerk Gera mit Betriebsteil in Halle und Stehlagerwerk Mühlhausen. Bei fast allen VEB gibt der Name Auskunft über die Hauptezeugnisse. Hinter Rotasym Pößneck, was auch der Name der Fußballmannschaft war, die der Betrieb trug, verbirgt sich ein Kugellagerwerk. Insgesamt gliederte sich 1986 die Erzeugnisstruktur des KWN nach der IWP wie folgt: 21,39% Schrauben und Muttern, 6,91% technische Federn, 1,26% Gleitlager, 2,35% Formdrehteile, 7,87% Wälzlager- und Wälzlagerzubehör, 11,67% gezogener Stahldraht, 0,21% Guß, 6,93% Niete, Nägel, Stifte, Bolzen und Sicherungselemente und 5,24% sonstige Leistungen. Diese Produkte gelten als „konstruktiv einstufig“, also einfach. Es traten hinzu folgende konstruktiv mehrstufigen Erzeugnisse: 26,10% Wälzlager, 2,55% Rationalisierungsmittel, 1,83% Ketten und Zubehör, 3,30% Anschlußverschraubungen und 2,38% Polsterfedern.

Ursprünglicher Direktor der „Schraube“, wie die Chemnitz das Stammwerk nennen, war Eberhard Langer, der dann Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt wurde, als im Zuge der zweiten Kombinatiagründungswelle das Kombinat Wälzlager und Normteile gebildet wurde. In den 1980ern waren dann die

Genossen Dr. Freund und Porsche Generaldirektoren des dem Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau unter Minister Kleiber unterstellten KWN.

Normteile muß man normieren. Um dies im RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Länder) zu vereinheitlichen, trafen sich die Generaldirektoren der Normteileindustrie beispielsweise 1983 in Ungarn. Mit ca. zwei Dritteln ging die Masse des KWN-Exports folgerichtig in die sozialistischen Länder ohne UdSSR, ein weiteres knappes Sechstel in die Sowjetunion. Ein reichliches Sechstel wurde aber auch in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) geliefert, beispielsweise als Zulieferungen für die Automobilkonzerne Fiat und Citroen. Der KWN-spezifische Import überstieg den Export nur leicht und verteilte sich zwischen SW und NSW etwa im Verhältnis 8:1. Aus Polen bezog das Kombinat beispielsweise die Kugeln für die Wälzlager, aus dem NSW Rohdiamanten zur Herstellung von Werkzeugen (letzteres 1984 im Wert von 136000 Valutamark).

Das Gebäude der Kombinateleitung in der Reichenhainer Straße 31/33 hat der Klassenfeind nicht zerstört, sondern nutzt es für die Fakultät für Maschinenbau der Technischen Universität Chemnitz. So sind dort wie auch am „Schrauben“-Gebäude schräg gegenüber noch heute die Glas- und Mosaik-Kunstwerke öffentlich zu sehen, die die KWN-Produkte und vor allem ihre Schöpfer, unsere sozialistischen Werktätigen, zeigen. Auch der legendäre Markenname ESKA, vor allem verbunden mit dem Werk in Hildburghausen, lebt weiter: Blau prangt er in großer Schrift über den alten Werkhallen.

ROUSSEAU 1712 - 1778

Der Marxismus basiert auf drei Säulen, der klassischen deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und den Theorien französischer Sozialismen. Marx hielt sich mehrmals in Paris auf und studierte etwa Meslier, Mably, Morelly und Helvétius im Original. Es war aber nicht ein Franzose, sondern ein französisch schreiben-der Schweizer, der dank seiner brillanten Sprach- und Darstellungsweise das größte Publikum und damit die größte Einwirkung auf die Volksmassen bekam, der aber selbst angab, in seinem Leben nur Papier besudelt zu haben. Marx studierte besonders diese Sudeleien, es liegen Exzerpte aus dem berühmten Gesellschaftsvertrag von ihm vor. Unverkennbar war dieses für Robespierre vorbildhafte und allein ausschlaggebende Werk auch für Marx sehr wichtig.

Jean Jacques Rousseau (1712 bis 1778) wurde so zum wichtigsten Ideologen des revolutionären Kleinbürgertums, denn die große Mehrzahl der Bauern war analphabetisch, ein Umstand, den bürgerliche Ideologen kaum beachten. Die Aufklärer schrieben für bürgerliche und adelige Kreise. Im heißen Sommer 1749 erkennt Rousseau gelegentlich der Lektüre einer philosophischen Zeitschrift, dem ‘Mercure de France’ plötzlich, daß der Mensch von Natur aus gut ist und daß es nur die Institutionen sind, die ihn böse machen. Böse wird der Mensch zwiefach, durch das Privateigentum und dem auf ihm basierenden Staat. Der Kern der radikalen kleinbürgerlichen Aufklärung besteht darin, dass der Mensch von Natur aus gut und durch Aufhebung des Privateigentums wieder der Frieden des Naturzustandes zurückkehrt, aber diesmal auf höherer Stufe. Gleichheit – Ungleichheit – Gleichheit, damit ist die dialektische Figur der Negation der Negation benannt, der auch Hegel und Marx folgen müssen, denn sie ist objektiver Natur.

Mit Rousseau tritt überhaupt der Grundzug der Anarchie, die Beseitigung von Institutionen zwecks sittlichen Glücks, massiv in das staatspolitische bzw. antistaatliche Bewußtsein ein. Er weist voraus auf den utopischen Sozialisten Saint-Simon, der 1825 in seinem die Gesellschaft umordnen wollenden Werk ‘Das neue Christentum’ eine Zukunftsgesellschaft entwirft, in der es statt der Herrschaft von Menschen über Menschen nur noch eine Verwaltung von Sachen und eine Leitung von Produktionsprozessen geben wird.

Auf langen Reisen hatte Rousseau das Elend der Volksmassen hautnah miterlebt. Er haßte nach eigenen Worten die Bedrücker der Volksmassen, ein Haß, der unausrottbar sei. Sowohl Rousseau als auch sein Werk sind von Fälschungen überzogen worden. Die Bourgeoisie, die sich eine Welt nach ihrem Bilde formt, fährt fort, diesen äußerst widerspruchsvollen Denker zum Urvater bürgerlich-demokratischer Herrschaftsmethoden zu glätten. Nach Rousseau können nur Götter, keine Menschen, demokratisch regieren. In seinem 1762 erschienenen ‘Gesellschaftsvertrag’ scheitert er doch gerade am Entwurf eines demokratischen Freiheitskonzepts. Wie denn?, führt er aus, die Freiheit kann nur auf dem Rücken von Sklaverei bestehen? Mag sein, die Extreme berühren sich. Wenn denn ein bürgerliches Demokratiekonzept schon in der Theorie scheitert, wie mag es dann erst in der Praxis aussehen? Sowohl die bürgerliche Revolution von 1789 als auch die von 1848 endeten in einer Militärdiktatur wegen der höllischen Angst der Bourgeoisie vor dem Verlust ihres mehr unredlich denn redlich zusammengerafften Reichtums durch den sogenannten Pöbel.

Zwei Schwerpunkte sind es, durch die Rousseau auf die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts einwirken wird, über Hegel, der in seiner Jugend sein glühender Anhänger war, durch die Dialektik, und über Marx und Engels auf die historische Notwendigkeit, das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben. Rousseau selbst spricht noch nicht von den Produktionsmitteln, erst Mably wird 1784 spezifischer von ihnen sprechen, sogleich ihre Aufhebung verlangend. Ihre Aufhebung zu fordern, ist kein genuiner Gedanke von Marx und Engels, wohl aber der, daß sie durch die Entdeckung der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft, was auf materialistisch-dialektischem Wege geschah, historisch unumgänglich sein wird.

1755 bringt Rousseau seinen zweiten Diskurs heraus, dessen zweiter Teil mit folgender Passage beginnt: “Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und auf den Gedanken kam zu sagen ‘Dies ist mein’ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Begründer der zivilen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viele Leiden und Schrecken hätte nicht derjenige dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‘Hütet euch davor, auf diesen Betrüger zu hören. Ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören und daß die Erde niemandem gehört’. (Jean Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen, Reclam Verlag, Stuttgart, 2005,74). Das wirkt bis in unsere Zeit hinein. Und auch hier muß Voltaire, wie so oft, in seinem ‘Philosophischen Wörterbuch’ seinen Senf dazugeben: “Es liegt die Lehre eines armen Lumpens vor, welche darauf abzielt, eine brüderliche Vereinigung der Menschen auf Kosten der Ausplünderung der Reichen durch die Armen zu errichten“. Wie es ein Voltaire sagt, so ist es.

Heinz Ahlreip

Zeichen aus dem Zuchthaus

von Gerhard Zschocher

Gerhard Zschocher saß über zehn Jahre bei den Nazis im Zuchthaus und im Konzentrationslager. Als er 1945 in Buchenwald befreit wurde, war er zweiunddreißig.

Fast ein Drittel seines Lebens hatte er hinter Gittern verbracht.

Über fünfzig Jahre später sichtete und sortierte er die Dokumente seines Lebens: eigene Aufzeichnungen, Briefe aus dem Zuchthaus Waldheim und dem Konzentrationslager Buchenwald, Briefe seines Vaters und seiner Mutter: Die montierte er nun mit Auszügen aus den Tagebüchern seiner Tante, einer Lehrerin, die präzise zwei Weltkriege und die Zeit dazwischen aus ihrer Leipziger Sicht kommentierte.

Es entstand ein dokumentarischer Text, der durch seine Details, seine Unmittelbarkeit, aber auch durch seine Alltäglichkeit besticht.

Besonders berührend: Zschochers Briefe aus dem Konzentrationslager, geschrieben unter den Augen des Zensors. Sie sind Zeichen eines lebenshungrigen jungen Mannes an die Außenwelt.

Wer glaubt, alles über das Tausendjährige Reich, den Naziterror und seine Opfer gehört, gelesen und gesehen zu haben, der entdeckt in diesem Buch neue subjektive Sichten.

Iris

Eine herzliche, aber dringende Bitte

Die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder zur Eindämmung der Pandemie haben auch den „RotFuchs“-Förderverein e.V. getroffen. Die Arbeit der Regionalgruppen wurde fast lahmgelegt. Nur wenige Veranstaltungen konnten stattfinden, so daß ein wichtiger Teil unserer Werbung für den Bezug des „RotFuchs“ wegfiel. Trotzdem erschien die Zeitschrift ohne Unterbrechung und der geschäftsführende Vorstand tagte regelmäßig. Sie ist eine Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke.

Zur Zeit ist das Erscheinen des „RotFuchs“ finanziell gesichert. Aber unsere Zeitschrift benötigt auf Dauer mehr Bezieher und Spender. Aus diesem Grund sind alle Mitglieder des Fördervereins, alle Leserinnen und Leser des „RotFuchs“ und alle Sympathisanten aufgerufen, für die Zeitschrift im Freundes- und Bekanntenkreis zu werben und dazu Spender und Mitglieder zu gewinnen.

Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein

IBAN: DE18 1005 0000 2143 031400

BIC: BELADEBEXXXC

Ukraine

Während das Gerangel um mögliche Posten in der neuen Regierung noch voll im Gange ist (die bürgerlichen Medien berichten täglich davon), werden schon die Weichen für die Außenpolitik der neuen Bundesregierung gestellt.

Die Niederlage der NATO Truppen in Afghanistan ist noch nicht mal richtig verdaut, da werden schon die nächsten Pläne , die eine Kriegsgefahr erhöhen, geschmiedet. Die neue Strategie des US Imperialismus soll die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich „EUROPA“ mit Rußland beschäftige, damit die eigenen Kräfte gegen China mobilisiert werden können. So etwa äußerte sich Joe Biden. Dabei spielt die Ukraine als Katalysator eine entscheidenden Rolle. Nach Abstimmung mit den USA verstärkt sie ihren Druck auf die Bundesregierung, einem militärischen EU-Trainingseinsatz für ukrainische Offiziere zuzustimmen. Die EU und "vor allem Deutschland" mußten die Intervention "schnellstmöglich auf den Weg" bringen - und zwar als "robuste militärische Ausbildungsmission", fordert Andrij Melnyk, der ukrainische Botschafter in Deutschland. Für die Außenpolitik der künftigen Bundesregierung sei dies "ein Lackmustest". Die EU diskutierte bereits über einen Ausbildungseinsatz in der Ukraine. Bereits zuvor hatte es in einem Strategiepapier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) geheißten, "Vorbehalte" gegen einen Ausbau der militärpolitischen Kooperation mit Kiew seien unangemessen; Berlin sei "gut beraten", die Suche nach Kooperationsfeldern mit Moskau "einzustellen". Eine sehr deutliche Ansage an die neue Bundesregierung. Einzelne EU-Staaten unterstützen die Ukraine längst mit Waffenlieferungen seit Jahren. So z.B. Litauen bereits seit 2015 , Polen seit 2018, Tschechien von 2016 bis 2020, Frankreich in den Jahren 2018 und 2019. Denn das Geschäft mit den Waffenlieferungen darf nicht zum Stocken kommen. Und Armeen, die keine Waffen verbrauchen, sind in dieser Welt unnütz. Somit sind Militäreinsätze ein gutes Geschäft.

Ein militärischer Ausbildungseinsatz der EU in der Ukraine nach dem Vorbild des EU-Einsatzes in Mali (EUTM Mali) ist laut einem Bericht schon seit längerer Zeit im Gespräch. So hieß es schon Anfang September, sechs EU-Staaten - die drei baltischen Staaten, Polen, die Slowakei und Rumänien - verlangten einen solchen Einsatz, der zudem über die sogenannte Friedensfazilität der EU finanziert werden könne. Es gehe, so hieß es weiter, um eine "militärische Beratungs- und Ausbildungsmission der EU", wie in der Zentralafrikanischen Republik oder in Mali. Zur Erinnerung: die ehemaligen Kolonialmächte Portugal und Frankreich, möchten sehr gern vor Mosambiks Küste Erdgas fördern. "Hauptaufgabe" in der Ukraine solle es sein, "bei der professionellen militärischen Ausbildung in der Ukraine zu helfen". Gemeinsame Manöver mit den ukrainischen Streitkräften sind ohnehin schon Routine. Zuletzt trainierten im Rahmen des jährlich abgehaltenen Manövers "Rapid Trident" rund 6.000 Soldaten aus über zehn Staaten in der Ukraine Kampfeinsätze. Die Bundeswehr war mit einem Beobachter präsent.

Die Springer-Zeitung Welt am Sonntag berichtete, der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) habe "in einem internen Arbeitspapier, einem sogenannten 'working document', eine entsprechende Mission für die Ausbildung von ukrainischen Offizieren in Aussicht gestellt". Offiziell handelt es sich demnach um die Antwort auf eine Bitte, die die ukrainischen Minister für Äußeres und Verteidigung in einem vertraulichen Schreiben an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell Ende Juli vorgebracht hatten. Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, legt nun nach. Die EU "und vor allem Deutschland" sollten den Einsatz "schnellstmöglich auf den Weg" bringen - und zwar als "robuste militärische Ausbildungsmission", verlangt Melnyk. "Robust" gilt als Umschreibung für die Erlaubnis zum eigenständigen Waffengebrauch gegen feindliche Kräfte. Melnyk erklärt zudem, die Entscheidung über den

Einsatz werde "ein Lackmustest" für die Bundesregierung sein. In der EU wird der osteuropäische Vorstoß inzwischen auch von Schweden und Finnland unterstützt.

Die Unionsparteien in Deutschland stimmen dieser Strategie zu. Alte, aus dem Afghanistan-Krieg bekannte Sätze, werden wiederholt. So erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, der Vorstoß sei "ein guter Vorschlag": "Gut ausgebildete ukrainische Streitkräfte sind in unserem Interesse." Bereits im Frühjahr hatte Grünen-Parteichef Robert Habeck die Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte auch mit deutschen Waffen gefordert und erklärt: "Die Ukraine verteidigt auch die Sicherheit Europas".

Eine stärkere militärische Unterstützung für die Ukraine wird auch von Berliner Regierungsberatern eingefordert. So heißt es in einem aktuellen Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), "die deutschen Vorbehalte gegen eine intensivere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Ukraine" würden "der traurigen Realität vor Ort nicht mehr gerecht"; die zukünftige Bundesregierung sei ohnehin eindeutig "gut beraten, die deutsche Suche nach immer neuen Anlässen für „selektives Engagement“ mit Rußland einzustellen".

Höchstwahrscheinlich werden in einer neuen, von der SPD geführten Bundesregierung, die Posten des Außenministers und des Verteidigungsministers neu besetzt werden. Das heißt aber nicht, dass sich ein Kurswechsel vollziehen wird. Denn die immer mehr hervortretenden Widersprüche und Spannungen des Imperialismus, auch in Deutschland, sind systembedingt. Der Imperialismus zeigt immer offener seine Ziel und den Drang nach der Weltherrschaft auf allen Ebenen. Auch militärisch, und wie die jüngste Vergangenheit zeigte, auch mit Kriegen.

(Fakten von german-foreign-policy)

Jürgen Geppert



+ Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen +
Für namentlich gekennzeichnete Leserbriefe tragen die Autoren die Verantwortung.
Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

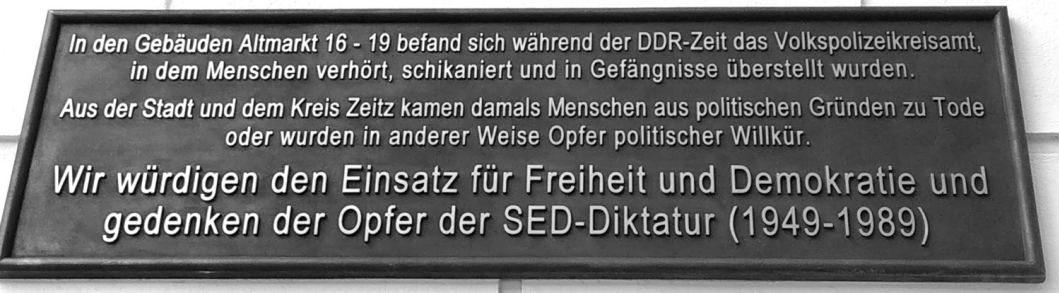
Leserbrief zum Artikel
„Eine Lügentafel“
der Ausgabe 9 der DRF

Ich habe Zeitz als lebendige und blühende Stadt, kennengelernt, als Metropole der Arbeiterklasse. Während der Zeit des Faschismus war Zeitz eine Hochburg des Wi-

wird. Die Stadtverwaltung in Zeitz hat sich ein großes Armutszeugnis ausgestellt. Sie hilft mit, die Geschichte neu zu schreiben, neu im Interesse jener, die die Konterrevolution in der DDR vorbereitet und die Annektion durch die BRD herbeigeführt haben. Sie sind aber nicht die Sieger der Geschichte, auch wenn sie diese umschreiben wollen.



Antifaschistische Gedenktafel aus der DDR-Zeit am Zeitzer Gewandhaus



Daneben die neue Lügentafel der heutigen Machthaber am Zeitzer Gewandhaus

derstandes. Das Gewandhaus diente als Sitz der Gestapo, in welchem viele politische Gegner, Kritiker des Regimes und verschiedene andere Gruppen mißhandelt wurden. Im Nordosten der Stadt wurde das Hydrierwerk, um Treibstoffe herzustellen, errichtet. In diesem Werk arbeiteten viele Häftlinge des Außenlagers Wille, das dem KZ Buchenwald unterstellt war. 1935 gelang es der Gestapo einen Spion (Luise Schröder) in den Widerstand einzuschleusen. Durch sie gelang es der Gestapo im März 1935 bei einer Versammlung in der "Gaststätte Reiche" ca. 250 Widerstandskämpfer zu verhaften. Unter den Festgenommenen befanden sich auch viele führende Mitglieder des Widerstandskampfes. Zu diesen Massenverhaftungen kam es nicht nur durch das Einschleusen von Spionen, sondern auch durch willkürliche Verhaftungen und darauffolgende Folterungen, wodurch viele Widerstandskämpfer verraten wurden. Im April 1936 begannen die Prozesse gegen die führenden Widerstandskämpfer in Magdeburg und Naumburg. Die Prozesse gingen mit hohen Zuchthausstrafen für die Widerstandskämpfer aus. Nach dem verbüßen der Strafen wurden viele in Konzentrationslager verschleppt oder zur Strafdivision 999 eingezogen. Zu ihnen gehörte auch Otto Dietzmann und Walter Retterath:

Otto Dietzmann baute nach 1933 im Hartgußwerk Ferina Heller in Leipzig eine antifaschistische Einheitsfront auf und fertigt Flugblätter an. 1935 wird er von der Gestapo verhaftet und 1938 nach Buchenwald verschleppt. 1940 wurde er zum Strafbataillon 999 eingezogen, wo er politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen betrieb. Seit 1946 arbeitete er in der Kreisleitung der SED in Zeitz.

Walter Retterath begann nach 1918 seine politische Arbeit in Zeitz. Er studierte den Marxismus-Leninismus und nahm an Lehrgängen der KPD teil. 1933 wurde er verhaftet und erst 1945 aus Buchenwald befreit. Er half beim Aufbau einer illegalen Parteileitung in Buchenwald und schmuggelte Waffen ins Lager.

Diese beiden Beispiele stehen für hunderte von Widerstandskämpfern, die ihr Leben für eine demokratische und sozialistische Heimat einsetzten. Nicht alle konnten dieses miterleben. Sie gehörten auch zu denen, die in den Jahren 1933 – 1945 in Zeitz durch die Gestapo gefoltert und mißhandelt wurden. Ihnen gilt unser Gedenken. Durch das Anbringen der Gedenktafel für die Opfer der „SED Diktatur“ von 1949 – 1989 werden die Antifaschisten und viele andere beleidigt und entehrt.

Das ist also die neue Demokratie, die sich im besonderen darin zeigt, daß die Arbeiterklasse erneut ausgebeutet und unterdrückt

Die Existenz der DDR hat gezeigt, wie der Weg in eine wirklich glückliche Zukunft aussehen kann. Darüber sollten die Herren und Damen das Stadtrates Zeitz einmal nachdenken.

Jürgen Geppert

Gedenken an der Oder

Protest gegen Verschandelung des sowjetischen Ehrenmals

Immerhin: Trotz der von CDU/CSU - SPD geführten Regierung der mehrfachen Spaltung der Gesellschaft gedachten am Tag der Erinnerung und Mahnung 60 Antifaschisten in Frankfurt an der Oder der vom deutschen Faschismus Ermordeten und Gequälten. Unter ihnen auch Angehörige der Jüdischen Gemeinde. Wie immer, nahm an dieser Zusammenkunft an der Gedenkstätte am Karl-Liebknecht-Gymnasium und der Rosa-Luxemburg-Straße auch unsere KPD-Regionalorganisation teil und legte Blumen nieder. Einig war man sich, dass der Kampf für den Frieden, gegen die NATO, die Bundeswehreinsätze im Ausland und Rüstungsexporte höchste Priorität im politischen Handeln besitzen.



In der von der VVN-BdA organisierten Zusammenkunft am 12. September protestierten die Teilnehmer gegen eine zeitweilige Verschandelung des sowjetischen Ehrenmals und des Friedhofs für gefallene Rotarmisten. Während einer Konzertveranstaltung auf dem Anger wurden diese Gedenkstätten als Ablage für Fahrräder und andere Mitbringsel benutzt und entweiht. Die Frankfurter Stadtverwaltung und die Polizei wurden aufgefordert, künftig für Absperrungen und Denkmalschutz zu sorgen.

Werner Schleese

Kalendarium - Oktober

Gedenk- und Feiertage

- 01. Oktober: Weltmusiktag
- 07. Oktober: Tag der Republik – Nationalfeiertag der DDR
- 09. Oktober: Weltposttag
- 13. Oktober: Tag der Seeverkehrswirtschaft in der DDR
- 16. Oktober: Welternährungstag
- 3. Sonabend im Oktober: Tag der Werktätigen der Leicht-, Lebensmittel- und Nahrungsgüterindustrie in der DDR
- 24. Oktober: Tag der Vereinten Nationen

Historische Ereignisse

- 01.10.1946: Urteilsspruch im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
- 01.10.1949: Die Gründung der Volksrepublik China wird von Mao Tse Tung auf einer Kundgebung in Peking vor 30.000 Menschen verkündet.
- 02.10.1973: Das ZK der SED beschließt ein umfassendes Wohnungsbauprogramm bis 1990
- 03.10.1945: Gründung des Weltgewerkschaftsbundes.
- 03.10.1990: Tag der Annektion der DDR durch die BRD
- 04.10.1950: Gründung der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in der DDR.
- 04.10.1957: Jahrestag des Starts von „Sputnik I“.
- 07.10.1949: Proklamation der DDR. Mit ihrer Gründung entsteht der erste Staat der Arbeiter und Bauern, der erste Friedensstaat in der Geschichte des deutschen Volkes. Der Deutsche Volksrat konstituiert sich zur provisorischen Volkskammer der DDR und setzt die Verfassung in Kraft.
- 09.10.1936: Jahrestag der Interbrigadisten im spanischen Freiheitskampf.
- 10.10.1945: Partei der Arbeit Koreas gegründet (P.d.A.K.).
- 11.10.1949: Wilhelm Pieck wird zum ersten Präsidenten der DDR gewählt. In einem großen Fackelzug der Jugend und der Berliner Bevölkerung „Unter den Linden“ wird die junge Republik und ihr erster Präsident gefeiert.
- 12.10.1949: Regierungserklärung von Otto Grotewohl vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.
- 13.10.1948: Mit seiner Normübererfüllung gab der Bergmann Adolf Hennecke den Auftakt für die Verbreitung der Aktivistenbewegung
- 14.10.1891: Erfurter Parteitag. Erfurter Programm der SPD wird verkündet.
- 22.10.1923: Beginn des Hamburger Aufstandes unter der Führung Ernst Thälmanns.
- 25.10.1917: Beginn der großen Sozialistischen Oktoberrevolution (07.11.1917 nach gregorianischem Kalender).
- 26.10.1917: „Dekret über den Frieden“ an alle kriegführenden Staaten, u. a. Deutschland, Großbritanni-en und Frankreich.
- 29.10.1918: Gründung des Komsomol, des Jugendverbandes der späteren KPdSU.
- 29.10.1929: Beginn der verheerenden Weltwirtschaftskrise ausgehend von den USA infolge deren Spekulationswut an den Aktienmärkten.

Historische Personen

- 03.10.1889: Carl von Ossietzky geboren.
- 04.10.1895: Richard Sorge geboren.
- 05.10.1953: Friedrich Wolf gestorben
- 09.10.1967: Ernesto Che Guevara im Befreiungskampf in Bolivien ermordet.
- 11.10.1944: Ernst Schneller im KZ-Sachsenhausen ermordet.
- 11.10.1958: Johannes R. Becher gestorben.
- 14.10.1889: Max Hoelz geboren.
- 22.10.1906: Fritz Cremer geboren.
- 24.10.1944: Werner Seelenbinder ermordet.
- 27.10.1964: Willi Bredel gestorben.
- 31.10.1898: Max Reimann geboren.

Impressum: Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383
Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.
Redaktionsanschrift: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.
Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org
Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. – Stellvertreter: K. Günther
Redaktion: J. Geppert, M. Kubi, T. Schlaack, W. Schumann,
Druck: Druckhaus Zeitz, An der Forststraße, 06712 Zeitz.
Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Partei beim Bundeswahlleiter registriert. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ November 2021: 15.Oktober 2021.

Kontaktadressen der KPD

- Zentralkomitee der KPD
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon 0170/1831495
Telefon 0361/64458760
E-Mail: post@k-p-d.org
- Redaktion „Die Rote Fahne“
siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- KPD-Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon 0170/1831495
E-Mail: ll.berlin@k-p-d.org
Internet: <http://berlin.k-p-d.org>
Büro: jeden Mittwoch 16 bis 18 Uhr
- KPD-Landesorganisation Brandenburg
c/o Cornelia Noack
E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- KPD-Regionalorganisation Oder-Spree
c/o Jens Röstel
E-Mail: jens.roestel@freenet.de
- KPD-Landesorganisation Sachsen
Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Oberlausitz
c/o Jürg Hebestreit
Telefon 03583/69 07 45
- KPD-Regionalorganisation Dresden
c/o Torsten Reichelt
E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland
c/o Patrick Büttner
E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt
E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Halle/Bernburg
E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- Regionalorganisation Zeitz
E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- KPD-Landesorganisation Thüringen
- KPD-Regionalorganisation Erfurt
- KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland
c/o Torsten Schöowitz
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
- KPD Bayern
c/o Maximilian Billner
Email: kpd-bayern@gmx.de
- KPD Hessen
c/o Felix Weitzel
Parkblick 6
65307 Bad Schwalbach
E-Mail: hessen@k-p-d.org
- KPD Mecklenburg-Vorpommern
c/o Lothar Piechowski
Klein-Lehmhagensdorfstraße 31
18507 Grimmen
Telefon 038326 / 42 47 99
- KPD NRW
c/o Christian Kunz
Postfach 17 16
66110 Saarbrücken
E-Mail: nrw@k-p-d.org
- KPD Wasserkante
c/o Thomas Schlaack
24148 Kiel
E-Mail: wasserkante@k-p-d.org

Zitat

Der Kapitalismus handelt nur nach den Geboten kältester Zweckmäßigkeit. Er kennt nicht Sentimentalität, nicht Tradition. Er würgt, wenn es sein muss, schnell und sicher den Verbündeten von gestern ab und fusioniert mit dem Feind.

Carl von Ossietzky



+++ International +++ International +++

Biden droht Kuba und Venezuela, um den Stachel der Niederlage in Afghanistan loszuwerden

Die USA laufen vor dem Sumpf davon, den ihre Truppen 20 Jahre lang in Afghanistan mitverursacht haben und Biden versucht die Niederlage abzuschütteln, indem er in einer zynischen Rede Kuba und Venezuela droht. Mit welcher Moral?

Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei und Präsident der Republik Kuba, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, bezeichnete die Äußerungen des US-Präsidenten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer 76.Sitzungsperiode als inakzeptabel und disqualifizierend und lobte auf Twitter die Antwort von Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla im selben sozialen Netzwerk, in der dieser erklärte, dass die Regierung von Joe Biden nicht die moralische Autorität besitze, um Initiativen anzustoßen, die zu einer wirklichen Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft zugunsten von Frieden, Menschenwürde und Entwicklung führen.

„Die USA laufen vor dem Sumpf davon, den ihre Truppen 20 Jahre lang in Afghanistan mit verursacht haben, und Biden versucht, den Stachel der Niederlage loszuwerden, indem er Kuba und Venezuela in einer zynischen Rede droht. Mit welcher Moral?“, schrieb der kubanische Präsident.

In einem weiteren Tweet stellte der Staatschef Bidens Behauptungen in Frage, er wolle keinen neuen Kalten Krieg, beleidige aber Kuba und Venezuela, weil er deren Regierungen verachte. „Wie nennen wir seinen Versuch, ein einziges universelles politisches Modell zu etablieren? Und die Verschärfung der Blockade in Zeiten der Pandemie?“, fragte sich der Präsident.

Granma

Kuba war ein Opfer des Terrorismus, niemals ein Komplize oder Förderer des Terrorismus

Zu Ehren der Opfer des US-Terrorismus wurden Blumen von Armeegeneral Raúl Castro Ruz, dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei und Präsident Miguel Díaz-Canel sowie vom kubanischen Volk niedergelegt

Kuba hat Wunden, die nicht vernarben, die in der Geschichte und in den Herzen der Menschen offenbleiben. Eine davon entstand vor 45 Jahren, als ein grausamer Terrorakt, der von der US-amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) finanziert wurde, dem Leben von 73 Menschen ein Ende setzte, die an Bord eines Flugzeugs von Cubana de Aviación auf die Insel zurückkehrten.

Zu diesem Tag schrieb Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei und Präsident der Republik, auf seinem Twitter-Account: "45 Jahre sind vergangen, aber weder in 100 Jahren noch jemals werden wir das abscheuliche Verbrechen von Barbados vergessen. Die Drahtzieher starben in aller Stille. Sie wurden von republikanischen und demokratischen Regierungen in den Vereinigten Staaten geschützt".

In demselben sozialen Netzwerk betonte er, dass Kuba am Tag der Opfer des Staatsterrorismus die mehr als 3.400 Menschen ehrt, die durch Aggressionen der USA ums Leben ge-

kommen sind. "Dieser Schmerz lastet auf uns, wenn versucht wird, die Geschichte zu entstellen und unser Land auf die berüchtigte Liste der Förderer des Terrorismus zu setzen.“

Er erinnerte auch an die Worte, mit denen der Comandante en Jefe Fidel Castro seine Abschiedsrede zum Gedenken an die Opfer auf dem Platz der Revolution am 15. Oktober 1976 beendete, und die heute aktueller denn je sind, da sich der gleiche Hass aus den USA gegen unser Land richtet.

"Wir können nicht sagen, dass der Schmerz geteilt wird. Der Schmerz wird vervielfacht. Millionen von Kubanern weinen heute mit den Angehörigen der Opfer dieses abscheulichen Verbrechens, und wenn ein energisches und starkes Volk weint, zittert die Ungerechtigkeit!"

Eben dieses Volk war es, das am Mittwoch der Opfer des Attentats vom 6. Oktober 1976 gedachte, während auf dem Colón Friedhof in der Hauptstadt im Namen des Armeegenerals Raúl Castro Ruz, des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei und Präsidenten der Republik Miguel Díaz-Canel und des kubanischen Volkes Blumengebinde niedergelegt wurden.

Anwesend waren unter anderem Rogelio Polanco Fuentes, Mitglied des Sekretariats und Leiter der ideologischen Abteilung des Zentralkomitees der Partei, Luis Antonio Torres Iribar, Erster Sekretär der Partei in der Hauptstadt, und Reinaldo García Zapata, Gouverneur von Havanna, sowie Vertreter des Nationalen Instituts für Sport, Leibeserziehung und Erholung (Inder) und unsere Fünf Helden.

Am 6. Oktober 1976 kamen 57 Kubaner ums Leben, darunter die Mitglieder der Fechtmannschaft, die nach dem Gewinn aller Goldmedaillen bei den Zentralamerikanischen und Karibischen Meisterschaften nach Kuba zurückkehrten.

Darüber hinaus starben 11 Guyaner und fünf Koreaner.

Maby Martínez Rodríguez | Granma

Die dekadente bürgerliche Intellektualität

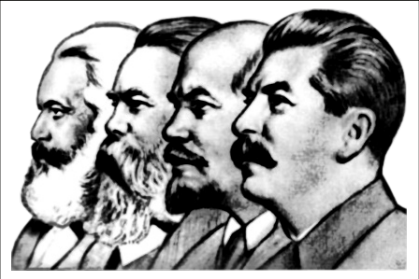
Die bürgerliche Intelligenz durchlebt eine ihrer dekadentesten Phasen. Ihre ideologische Kriegsmaschinerie ist sklerotisiert und flüchtet sich in unglaubliche philanthropische Argumente im Schatten von Pandemien und kommerziellen Impfstoffverteilungen. Alles mit dem Anstrich von Technologie.

Sie sind nicht mehr in der Lage, den Klassenkampf mit dem immer wiederkehrenden sylogistischen Gerüst zu verbergen. Sie werden nicht in der Lage sein, das monumentale Wirtschaftsverbrechen während der Pandemie zu verbergen, das die Arbeiterklasse auslöschte und die imperialen Bourgeoisien wie nie zuvor bereicherte. Sie werden nicht in der Lage sein, den vernichtenden Schlag in das Gesicht des Grundrechts auf Nahrung, Wohnung, Bildung... Würde zu verbergen. Die Unmoral des Kapitalismus in einer Welt, in der es keine Mindestinfrastruktur für die Armen gibt und in der die Rüstungsindustrie Rekordzahlen erreicht, ist unbestreitbar.

In den Zönakeln der bürgerlichen Intelligenz diskutieren sie über die Erfindung eines „menschlichen Kapitalismus“, eines „sozialen Kapitalismus“, eines „kapitalistischen Sozialismus“... was in der Praxis keinen ihrer sophistischen Irrwege tangiert. Um zu überleben, haben sie heute nur noch ihre Fake-News-Maschinen und ein paar schamlose Reformisten.

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Oktober Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



Die bürgerliche Intelligenz hat nicht genug gelehrten Speichel, um das „Feuer“ der Emanzipation zu löschen. Der kriminelle Charakter der Blockaden, die nichts anderes sind als Erpressung, Plünderung und Ausgrenzung mit Vorsatz, Böswilligkeit und Vorteilsnahme... alles Faktoren, die im bürgerlichen „Recht“ selbst unentschuldig und unvertretbar sind, lässt sich jeden Tag weniger verbergen.

In ihrem Debakel hat die bürgerliche Intelligenz die Uhren der Geschichte sprunghaft zurückgedreht und ist in die zynischsten Widersprüche versunken. Diejenigen, die früher als „Verteidiger der Demokratie“ herumstolzierten, verteidigen heute die schlimmsten Abgründe der Korruption. Vargas Llosa, der für Fujimori eintritt; Krauze, der den Staatsstreich der Konzerne verteidigt, und Aguilar Camín, der anstelle seiner antiquierten Argumente Beleidigungen ausstößt. Also in Argentinien, in Kolumbien, in Spanien... in Brasilien. Jetzt haben sie die schlimmsten Vertreter des kommerziellen Showbusiness zu ihren politischen Kandidaten gemacht.

Heute ist das große humanistische Projekt einer neuen Art, das in der Lage ist, eine revolutionäre Agenda voller Werte und Praktiken im Alltag und auf lange Sicht zu gestalten, dringender denn je. Wir müssen unbedingt an der antikapitalistischen politischen Organisation, der Revolution der Kommunikation und der emanzipatorischen Semantik, den Kategorien der Subjektivität und der Entwicklung kritischer Methoden zur Überwindung der ideologischen Kriegsmaschinerie der Bourgeoisie arbeiten. An der Konsolidierung von emanzipierten und emanzipatorischen Produktionsweisen und Produktionsverhältnissen. Kurzum, an einem neuartigen humanistischen Programm zur Umgestaltung der Wirklichkeit und zur Überwindung des Kapitalismus.

Dabei gilt es nicht in „versöhnliche“ Hinterhalte zu fallen; nicht den Diskurs der „Gleichheit“ zu schlucken, der von denen vorgebracht wird, die uns blockieren oder ausgrenzen. Legitimieren wir nicht den trügerischen „Dialog“ des Einzeldiskurses. Lassen wir uns nicht von „Chancengleichheit“ täuschen, wenn die Gleichheit der Bedingungen nicht gewährleistet ist. Lassen wir uns nicht von den Predigern des Individualismus oder des Eskapismus vereinnahmen. Besiegen wir jeglichen „Suprematismus“, Rassismus und Nazifaschismus. Alles für die Revolution, nichts gegen die Revolution.

Der Bankrott der bürgerlichen Intelligenz ist gleichzeitig eine große Verantwortung und Verpflichtung für uns. Sie werden ihr Möglichstes tun, um links und rechts Verwirrung und Schmutz zu verbreiten. Sie werden Lügen und Verleumdungen als Schlachtfeld bevorzugen und wir müssen um jeden Preis verhindern, dass sie uns in einen Hinterhalt locken, aus dem wir geschwächt hervorgehen oder unsere Geschicke ihnen unterworfen sind. Unser Ziel muss es sein, die Revolution des Denkens und der Praxis zu vertiefen. Der Ausweg besteht darin, „gebildet zu werden, um frei zu sein“, denn „wir sind öfter durch Täuschung als durch Gewalt besiegt worden“ und „die Gefahr liegt im Aufschub“. Wir brauchen dringend die Einheit der kritischen Intelligenz für direkte Aktionen. Die Geschichte ist uns eine Warnung.

Fernando Buen Abad | Granma

Reichtum und Solidarität

Milliarden von Menschen verfügen über keinerlei Geldvermögen, und die Verteilung des weltweiten Privatvermögens spiegelt eine Welt wider, in der einige Riesen wie Gulliver, wenn sie nach unten schauen, eine gewaltige Masse von Liliputanern sehen....

Milliarden von Familien auf der ganzen Welt haben nicht die Mittel, um Lebensmittel zu kaufen, die keinen Gebrauchswert mehr haben, sondern im Kapitalismus zum Tauschwert geworden sind. Eine solche Kommerzialisie-

rung des für unser biologisches Überleben wichtigsten Rohstoffs ist ein schweres Verbrechen. Die Landwirte können ihre Erzeugnisse nicht mehr auf den Markt bringen und verkaufen. Sie müssen sie an den Zwischenhändler weitergeben, der sie an das System weiterverkauft, das sie verarbeitet, transportiert, verpackt und an den Einzelhandel verteilt.

Heute sind es die Banken, multinationalen Unternehmen und Pensionsfonds, die den Lebensmittelmarkt beherrschen und die Spekulation durch Rohstoffderivate fördern. Wenn diese Kette unterbrochen wird, sind die Bauern gezwungen, ihre Erzeugnisse zu verbrennen oder zu vergraben. Ein Verbrechen gegen die Menschheit, das zu Ehren des Gottes Kapital begangen wird.

Die Pandemie begünstigt die Reichsten. Zwischen 2016 und 2020 wächst die Weltwirtschaft um 10,7 % und die Zahl der Milliardäre um 52,2 %. Dem Bloomberg-Index zufolge stieg das Vermögen der Besitzer der 500 größten Vermögen der Welt im Jahr 2020 um fast zwei Billionen Dollar. Angeführt wird die Liste von Führungskräften aus Technologie- und Luxusgüterunternehmen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Michael Roberts führt aus, dass eine sehr kleine Anzahl von Menschen (weniger als 0,1 %) 25 % des weltweiten Reichtums besitzt. Nur 1 % der Haushalte verfügt über 43 % des weltweiten Vermögens, die nächsten 10 % über 81 % und die restlichen 50 % über nur 1 %. Innerhalb dieses 1 % gibt es 175.000 Superreiche, denn jeder von ihnen verfügt über ein liquides Vermögen von mehr als 50 Milliarden Dollar. Ende 2019 entfielen auf die Europäische Union und Europa, in dem nur 17 % der erwachsenen Weltbevölkerung leben, 55 % des gesamten weltweiten Vermögens.

Vom Rückgang des Gesamtvermögens war Lateinamerika am stärksten betroffen. Dort verstärkten die Währungsabwertungen noch den Rückgang des BIP in Dollar, was zu einem Verlust von 12,8 % des gesamten Dollarvermögens führte. Die Pandemie hat auch das erwartete Wachstum in der Europäischen Union zum Stillstand gebracht und in allen anderen Regionen außer China und Indien Verluste verursacht. Von den großen Volkswirtschaften der Welt hat das Vereinigte Königreich den größten relativen Wohlstandsverlust erlitten.

Kurz gesagt, Milliarden von Menschen verfügen über keinerlei Geldvermögen, und die Verteilung des weltweiten Privatvermögens spiegelt eine Welt wider, in der einige Riesen wie Gulliver, wenn sie nach unten schauen, eine gewaltige Masse von Liliputanern sehen....

Dem Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty zufolge würde eine weltweite Steuer von 2 % auf Vermögen über zehn Millionen Euro zehnmal mehr einbringen: eine Billion Euro pro Jahr oder 1 % des weltweiten BIP, die an jedes Land im Verhältnis zu seiner Bevölkerung verteilt werden könnte.

Eine dringende Maßnahme wäre die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens. Teilt man das weltweite BIP (schätzungsweise 84 Billionen Dollar) durch die 7,2 Milliarden Menschen, so ergibt sich ein jährlicher Wert von 11.667 US-Dollar pro Kopf, d. h. jeder Mensch hätte 972,25 US-Dollar pro Monat.

Das ist das umgekehrte Röntgenbild, das zeigt, dass die Menschheit aus dieser Pandemie besser herauskäme. Als die Titanic zu sinken begann, kümmerten sich die Reichsten nicht um ihre Mitmenschen. Sie rannten zu den Rettungsbooten, ohne sich um diejenigen zu kümmern, die nicht das gleiche Privileg hatten. Es ist daher eine dringende Herausforderung, sich für eine Kultur der Fürsorge und Solidarität einzusetzen. Wir brauchen dringend grundlegende Errungenschaften wie Nahrungsmittel, Bildung, Gesundheit, Computerzugang für alle, saubere Energie und eine nachhaltige Nutzung der Erde.

Frei Betto | Granma

Abonnement:Die Rote Fahne

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 25,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 35,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 18,00 Euro beziehen.
(Email-Adresse erforderlich)

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 28,00 Euro beziehen.
(Email-Adresse erforderlich)

☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD.
Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.

☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Name Vorname

Straße

PLZ Wohnort

Telefon/Fax

Email @